

Ökonomenaufruf vom 18. Mai 2011: G8-Unterstützung für Tunesien entscheidend für den Erfolg der demokratischen Revolutionen im arabischen Raum

Das tunesische Volk hat in den vergangenen Monaten in seinem Ringen um Freiheit und Demokratie ein bemerkenswert hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein und Augenmaß gezeigt und sich damit weltweit Sympathie und Anerkennung erworben. Die gewaltfreie Revolution dient als Vorbild für die gegenwärtigen Demokratiebewegungen in der arabischen Welt und wird die Beziehungen der Mittelmeerstaaten in Nahost und Nordafrika zur Europäischen Union auf ein neues Fundament stellen. Für die kommenden Generationen könnte die historische Bedeutung der aktuellen Ereignisse gleichbedeutend mit dem Fall der Berliner Mauer sein. Daher sind die G8-Staaten dringend aufgerufen, jetzt die Chance des Augenblicks zu ergreifen und sicherzustellen, dass Tunesien zum Präzedenzfall für positiven sozialen, ökonomischen und demokratischen Wandel in der Region und darüber hinaus wird.

Mit Entschlossenheit engagiert sich das tunesische Volk für die Vollendung seiner Revolution und die Schaffung eines demokratischen Staates mit zukunftsfähigen Institutionen. Dass die Gleichberechtigung der Geschlechter nun auch im Wahlrecht seine Verankerung findet, ist ein besonders starkes Signal und wegweisend für einen nachhaltigen sozialen Wandel.

Viele Länder der Region beobachten die Situation in Tunesien und auch die Position des Westens genau. Ein Scheitern des Umbruchs in Tunesien muss verhindert werden, denn dies wäre eine folgenschwere Niederlage für alle Protagonisten demokratischer Reformen in der Region und ein „Sieg“ für die dortigen Diktaturen. Dadurch würde es unweigerlich zu einem Export von Extremismus und einem kontinuierlichen Strom von Flüchtlingen aus der Region kommen. Als Staatengemeinschaft stehen wir in der kollektiven Verantwortung, den erfolgreichen Übergang Tunesiens zur Demokratie zu unterstützen und damit auch den Beweis anzutreten, dass wirtschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft einen wirksamen Schutz gegen Extremismus bieten.

Corporate Communications: Mark Fallak

Es wäre fatal für Tunesien, wenn der Rest der Welt abwarten würde, bis der politische Wandel abgeschlossen ist, während sich die wirtschaftliche Lage des Landes zusehends verschlechtert. Bereits jetzt belaufen sich die Kosten des Umbruchs auf über 2 Mrd. Dollar. Aufgrund der zusätzlichen Belastungen durch den Krieg in Libyen und den Einbruch des Tourismus um rund 80% ist im laufenden Jahr für die tunesische Volkswirtschaft ein Negativwachstum zu erwarten.

Als Ökonomen wissen wir, dass sich Investitionen oft erst langfristig auszahlen. Geeignete Investitionsmöglichkeiten, eine restrukturierte Wirtschaft, das hohe Qualifikationsniveau der Erwerbsbevölkerung, die Nutzung moderner Technologien sowie die geografische Nähe zu Europa machen Tunesien zu einem einzigartigen Wirtschaftspartner für die EU. Das neue Tunesien hat das Potenzial, in den kommenden Jahren zu einem der attraktivsten und am schnellsten wachsenden Wirtschaftszentren des Mittelmeerraums zu werden.

Die G20-Staaten erklärten im Februar 2011: „Wir sind bereit, Ägypten und Tunesien durch notwendige Maßnahmen zur rechten Zeit zu unterstützen.“ Wir begrüßen diesen ersten Schritt und rufen die Teilnehmer des anstehenden G8-Gipfels in Deauville dazu auf, den tunesischen Übergang zur Demokratie zu fördern. Dazu sollte unter Tunesiens eigener Federführung eine „Road Map“ erarbeitet werden, die die beteiligten Akteure und die erforderlichen Hilfsmaßnahmen klar benennt.

Dieser Plan sollte im Detail enthalten:

- Beihilfen für sofortige Nahrungsmittel- und Energiesubventionen sowie ein Umschulungsprogramm für arbeitslose Hochschulabsolventen.
- Ein G8-Hilfsprogramm im Umfang von 20 bis 30 Mrd. Dollar über einen Zeitraum von 5 bis 10 Jahren für gezielte Investitionen im Landesinnern, um alle Regionen Tunesiens zu öffnen und wirtschaftlich zu verknüpfen (durch langfristige zinsgünstige Kredite, aber auch durch Kapitalhilfen). Mit Hilfe dieses Programms sollen der Transportsektor aufgebaut, die technologische Infrastruktur modernisiert und Industriezonen entwickelt werden. Ziel soll es sein, durch eine Restrukturierung und Stärkung des Finanzsystems einen geeigneten wettbewerblichen Rahmen für die Entwicklung der Privatwirtschaft zu schaffen.
- Eine eindeutige Festlegung, wie und in welchem Zeitrahmen die relevanten internationalen Finanzinstitutionen (IWF, Weltbank/IBRD, EBRD, EIB, ADB und IDB) der tunesischen Wirtschaft als Partner für Wachstum und Entwicklung zur Verfügung stehen.

Corporate Communications: Mark Fallak

- Die Einrichtung einer speziell für die Region zuständigen Finanzinstitution. Dies wäre nicht nur ein starkes politisches Signal, sondern auch ein Garant für Effizienz und Transparenz in der Entwicklungszusammenarbeit.
- Eine Erklärung der teilnehmenden europäischen Länder, dass sie Tunesien durch die Anerkennung als „Assoziierter Partner“ unterstützen und Zugang zu den Europäischen Strukturfonds gewähren.
- Die Schaffung eines Mechanismus, der den Wissenszugang verbessert und den Austausch zwischen jungen Menschen im Mittelmeerraum und darüber hinaus fördert.

Tunesien steht an vorderster Front des demokratischen Wandels in der arabischen Welt und hat aufgrund des hohen Bildungsniveaus seiner Bevölkerung und der vergleichsweise weit entwickelten Gleichberechtigung von Frauen sehr gute Voraussetzungen, nicht in den Sog des Extremismus zu geraten. Als relativ kleines Land bietet Tunesien ein ideales „Versuchsfeld“ für die erfolgreiche Demokratisierung der Region. Der von uns geforderte Hilfsplan soll sicherstellen, dass dieses einzigartige Experiment von Erfolg gekrönt ist. Die Gesamtkosten entsprechen lediglich 2–3% der Mittel, die die Bundesrepublik Deutschland für die Wiedervereinigung aufgewendet hat. Sie liegen sogar unter der Summe, die der Irak-Krieg in zwei Monaten kostet.

Die internationale Gemeinschaft kann es sich nicht leisten, untätig zu bleiben.

Erstunterzeichner:

Philippe Aghion (Harvard University, USA)

Jacques Attali (Ökonom und Autor, Frankreich)

Françoise Benhamou (Université de Paris 13, Frankreich)

Jean-Paul Betbèze (Crédit Agricole et Université de Paris 2 Panthéon-Assas, Frankreich)

Christian de Boissieu (Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne, Frankreich)

Younès Boughzala (Université de Savoie, Frankreich)

François Bourguignon (Paris School of Economics, Frankreich)

André Cartapanis (IEP, Aix-en-Provence, Frankreich)

Jean-Marie Chevalier (Université Paris-Dauphine, Frankreich)

Daniel Cohen (Ecole normale supérieure de Paris, Frankreich)

Jean-Marc Dupuis (Université de Caen, Frankreich)

Jean-Paul Fitoussi (Sciences-Po, Paris, Frankreich)

Eiji Hattori (Reitaku University, Japan)

Elyès Jouini (Université Paris-Dauphine, Frankreich)

Corporate Communications: Mark Fallak

Rainer Klump (Goethe-Universität Frankfurt, Deutschland)
Toshio Koike (Tokyo University, Japan)
Wolfgang König (Goethe-Universität Frankfurt, Deutschland)
Jean-Hervé Lorenzi (Université Paris-Dauphine, Frankreich)
Stefano Micossi (College of Europe, Belgien)
El Mouhoub Mouhoud (Université Paris-Dauphine, Frankreich)
Bernard Paranke (Euromed Management, Frankreich)
Olivier Pastré (IMBank und Université Paris 8, Frankreich)
Jean-Paul Pollin (Université d'Orléans, Frankreich)
Richard Portes (London Business School und CEPR, Großbritannien)
Jean-Louis Reiffers (Université du Sud, Frankreich)
Hélène Rey (London Business School, Großbritannien)
Nouriel Roubini (New York University, USA)
Dominique Roux (Université Paris-Dauphine, Frankreich)
Christian Saint-Etienne (Conservatoire National des Arts et Métiers, Frankreich)
Joseph Stiglitz (Columbia University, USA)
Motoyuki Suzuki (Tokyo University, Japan)
Alain Trannoy (Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales, Frankreich)
Daniel Vitry (Université Paris 2 Panthéon-Assas, Frankreich)
Klaus F. Zimmermann (Universität Bonn und IZA, Deutschland)